

IT UND DIGITALISIERUNG FÜR DEN MITTELSTAND

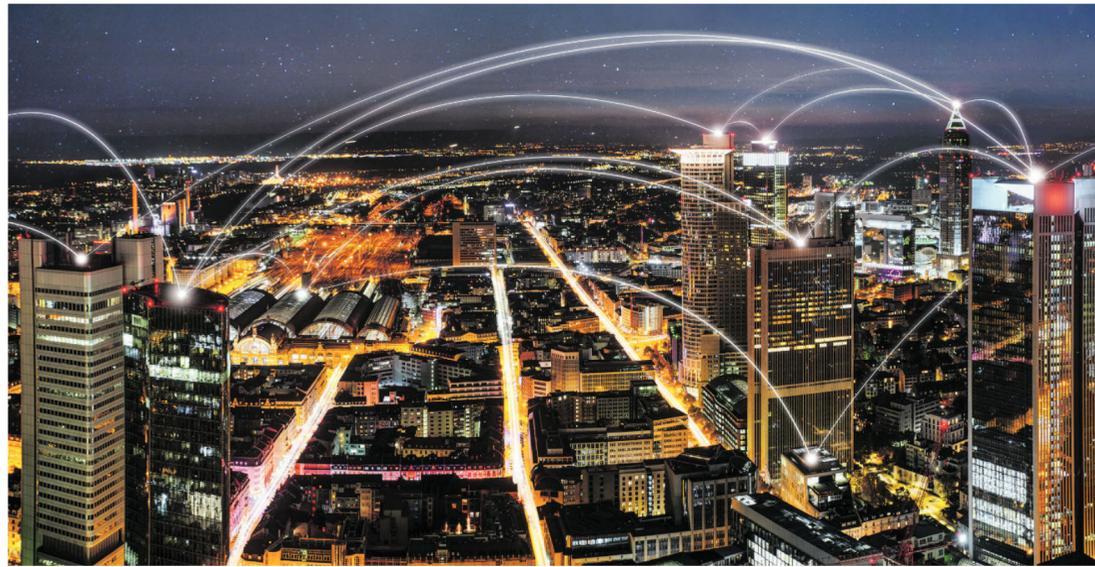
Der Koalitionsvertrag der Ampel verspricht den „digitalen Aufbruch“ und „eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung.“ So sollten sich zum Jahreswechsel laut Onlinezugangsgesetz fast 600 Behördengänge in Deutschland komplett online erledigen lassen. Ende 2022 waren aber erst 101 komplett online nutzbar, 143 teilweise online abrufbar und 326 gar nicht, wie eine Analyse des Vergleichsportals Verivox ergab. Und für die Verwaltungsdigitalisierung verzichtet die Bundesregierung mittlerweile auf einen Zeitrahmen.

Auch im europäischen Vergleich schneidet die Bundesrepublik unterdurchschnittlich ab. In einer Veröffentlichung der EU-Kommission zur Onlinebereitstellung öffentlicher Dienstleistungen belegt Deutschland Platz 21 von 35 Ländern und wird mit einem Digitalisierungsgrad von 63 Prozent als unterdurchschnittlich bewertet.

Rückstand wird größer

„In Deutschland war das Jahr 2022 in Bezug auf digitale Zukunftstechnologien eher eines der enttäuschten Hoffnungen“, resümiert Philip Meissner, Direktor des European Center for Digital Competitiveness an der ESCP Business School in Berlin. Der Rückstand im Bereich der Digitalisierung scheint noch ausgeprägter als im Vorjahr, und zum ersten Mal blicke eine Mehrheit der Befragten mit Pessimismus in die digitale Zukunft des Landes. „Die großen Erwartungen an einen digitalen Neuanfang durch die Ampelregierung haben sich nicht erfüllt“, stellt der Digitalreport 2023 von der ESCP Business School fest. Die Studie stützt sich auf eine repräsentative Umfrage in der Bevölkerung sowie zusätzlich auf Interviews unter rund 500 Topführungskräften aus Wirtschaft und Politik.

„Die Digitalisierung in Deutschland hat nach einem guten Jahr der Ampelregierung noch nicht wirklich an Fahrt aufgenommen und ist trotz aller politischen Bekenntnisse nicht zur Chefsache geworden“, kritisiert Marc Tenbieg, ge-



Repräsentative Umfrage: „Die großen Erwartungen an einen digitalen Neuanfang durch die Ampelregierung haben sich nicht erfüllt“, erklärt Philip Meissner, Direktor des European Center for Digital Competitiveness an der ESCP Business School in Berlin.

Foto Igor/stock.adobe.com

die Personallücke damit um 15 Prozent vergrößert, bilanzieren die Berater. Die Hochrechnungen basieren auf dem aktuellen Einstellungstempo und der Zahl derer, die in den kommenden Jahren in den Ruhestand wechseln. Bereits jetzt klappt eine Lücke von 39.000 Expertinnen und Experten, die sich bis 2030 mehr als verdreifachen werde.

Verkrustete Strukturen schrecken den Nachwuchs ab

Um dem Fachkräftemangel zu begehen, müssten Behörden und Amtsstuben zum einen ihre Einstellungsverfahren beschleunigen, analysiert die IT-Studie. Allerdings käme zu wenig Nachwuchs aus den IT-Studiengängen, um den Bedarf zu decken.

Deshalb sei es wichtig, das eigene Personal weiterzubilden. Hier gebe es erheblichen Nachholbedarf. „Vor dem immer größeren Fachkräftemangel, gerade auch im IT-Bereich, warnen wir bereits ewig“, moniert Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des Beamtenbundes dbb. Zwar zahle der Bund bereits mehr in Berufen, in denen der Fachkräftemangel besonders gravierend sei. Das allein genüge aber nicht. Bund, Länder und Kommunen müssten bessere Einkommen zahlen und Arbeitsbedingungen attraktiver gestalten. Denn wenn verkrustete Strukturen Digitalisierungsprojekte ausbremsen, schrecke das auch den Nachwuchs ab.

Schlechte Digitalpolitik

Eine aktuelle Studie bescheinigt der Regierung eine schlechte Digitalpolitik, die Enttäuschung bei Konzernen und dem Mittelstand ist groß. Gleichzeitig fehlen dem Staat IT-Experten. Von Dirk Mewis

schäftsführender Vorstand des Deutschen Mittelstandsverbands. Außerdem würden Unternehmen, die in den letzten Jahren der Corona-Pandemie viele Unternehmensprozesse digitalisiert hätten, durch eine schlechte Netzinfrastruktur ausgebremst. Tenbiegs Fazit fällt daher ernüchtert aus: „Die hochgesteckten Digitalisierungsziele der Bundesregierung wurden bisher nicht einmal annähernd erreicht.“

Sorge für den Wirtschaftsstandort Deutschland bereitet auch ein anderes Fazit der Digitalisierungsstudie. Demnach sind fast alle Befragten (96 Prozent) der Ansicht, dass Deutschland bei der Digitalisierung im Rückstand sei. Vor vier Jahren lag dieser Wert noch bei 89 Prozent.

Nur noch 15 Prozent der Führungsspitzen attestieren der neuen Regierung, dass sie die Digitalisierung entschiedener vorantreibt, 83 Prozent haben den

Eindruck, dass die erhofften Impulse ausgeblieben sind. Deutschland müsse flächendeckender digitalisieren. Gleichzeitig werde die Digitalisierung allerdings als ein Hauptfaktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit erkannt. Und hier „hinkt Deutschland im europäischen und weltweiten Vergleich immer mehr hinterher“, bilanziert Tenbieg.

Damit der Rückstand noch aufgeholt werden kann, empfehlen die Studien-

autoren dringend staatliche Maßnahmen. Dazu zählt, dass Visaverfahren für IT-Fachkräfte in Deutschland erleichtert und die Chancen von grünen Technologien genutzt und gefördert werden. Denn, „Green Tech ist das technologische Wachstumsfeld der nächsten Dekaden“, prophezeit ESCP-Professor Meissner, Deutschland dürfe hier jetzt nicht auch noch den Anschluss verlieren. Außerdem müsste die Digitalisierung der Verwaltung jetzt dringend flächendeckend vorangetrieben werden.

Und dieser Prozess dürfte schwierig werden. Denn in deutschen Amtsstuben fehlen laut einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey bis 2030 rund 140.000 IT-Spezialisten. Der Personalmangel droht die Digitalisierung weiter zu verschleppen. Seit der vorigen Berechnung aus dem Jahr 2019 habe sich

Impressum

IT und Digitalisierung für den Mittelstand
Verlagsspezial der Süddeutsche Zeitung GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Fazit Communication GmbH, 80289 München
Geschäftsführung: Hannes Ludwig,
Jonas Grashey
Redaktion: Christina Lynn Dier (verantwortlich)
Anzeigen: Jürgen Maukner (verantwortlich)
und Ingo Müller, REPUBLIC Marketing &
Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2-4,
10117 Berlin, www.republic.de
Druckerei siehe Impressum dieser Zeitung.

Im Schneckentempo von analog auf digital

Djordje Nikolic, Geschäftsführer von consus.health und Professor für Klinikmanagement an der SRH-Fernhochschule, beschreibt die stockende Digitalisierung im Gesundheitswesen und erklärt, wie sich mithilfe digitaler Tools die Behandlung von Patienten verbessern lässt.



Foto consus.health

Herr Professor Nikolic, Sie beraten unter anderem Krankenhäuser und Arztpraxen bei der Umsetzung von Digitalstrategien. Wo steht die Gesundheitswirtschaft?

Der digitale Wandel in der Gesundheitswirtschaft steckt noch in den Kinderschuhen. Häufig gibt es einzelne Leuchtturmprojekte, die meist aus der Diagnostik oder spezialisierten Bereichen kommen, und Basisanwendungen wie beispielsweise Patientenportale oder Onlineanmeldungen. Von einem echten digitalen Wandel sind wir hierzulande jedoch noch weit entfernt, denn bereits die Basisanwendungen sind keineswegs flächendeckender Standard.

Woran liegt es, dass deutsche Kliniken im internationalen Vergleich zurückliegen?

Fast immer fehlt es an einer übergeordneten Gesamtstrategie und auch an qualifiziertem IT-Fachpersonal. Auch die aktuelle politische Situation, in der

die Kliniken nicht wissen, wie es weitergeht, hemmen den digitalen Wandel. Ein Haus, das nicht weiß, wie es sich ab morgen finanzieren soll, hat aktuell andere Sorgen als die Digitalisierung.

Welche Schritte muss man als Erstes absolvieren, wenn man ein Krankenhaus von analog auf digital umbaut?

Um die Digitalisierung in den Kliniken zu meistern und knappe Ressourcen richtig einzusetzen, braucht es eine fundierte Digitalstrategie. Einzelne hoch digitalisierte Lösungen, ohne das Gesamtbild im Auge zu haben, helfen da leider nicht weiter. Man benötigt einen klaren Blick auf die gesamten Prozesse – beginnend von der Einweisung und Anmeldung über den Diagnose- und Therapieprozess bis zur Entlassung und Weiterversorgung. Die Datenströme müssen mit den Patientenströmen abgeglichen werden. Es ist eine Strategie von der ersten Erfassung von Patientendaten bei der Aufnahme bis zur Archivierung der Daten erforderlich. Ziel muss es sein, dass alle an der Behandlung Beteiligten stets alle benötigten Daten schnell, digital und zuverlässig zur Verfügung haben, um etwa doppelte Untersuchungen zu vermeiden und Liegezeiten zu verkürzen.

Gesundheitsdaten sind besonders sensibel.

Patientendaten unterliegen einem besonderen Schutz, was richtig und wichtig ist. Keiner möchte seine Krankheitsgeschichte im Internet wiederfinden. Deshalb spielt der Datenschutz eine wichtige Rolle, die Grundsätze sind in der Datenschutz-Grundverordnung klar und eindeutig geregelt. Allerdings ist der Datenschutz aktuell häufig ein Totschlagargument, welches eine sinnvolle Digitalisierung ausbremst. Ich glaube, dass viele Patienten bereits wären, die strengen Datenschutzrichtlinien zu relativieren, wenn es der persönlichen Heilung dient.

Welche Vorkehrungen muss man treffen, um Datendiebstahl und Hackerangriffen vorzubeugen?

Prävention, Detektion und Recovery sind die Eckpfeiler, wenn es um Datendiebstahl und Hackerangriffe geht. Dabei geht es um viele technische Maßnahmen wie dezidierte Berechtigungskonzepte, Firewall-Konzepte, Softwareaktualisierung, aber auch

weiche Maßnahmen wie regelmäßige Schulungen der Mitarbeiter, um das Verständnis für das Thema zu schärfen. Dies ist im Gesundheitswesen aufgrund der Unreife der digitalen Awareness ein evidentestes Thema: Wie erkenne ich Phishing Mails, warum darf ich einen vom Patienten mitgebrachten USB-Stick, der Befunde enthält, nicht einfach in meinen Rechner stecken und vieles mehr.

Wie kann die Behandlung von Patienten verbessert werden?

Die Digitalisierung bietet gewaltiges Potential und wird an vielen Stellen die einzige Möglichkeit darstellen, dem zunehmenden Fachkräftemangel zu begegnen. Wenn es in einigen Regionen Deutschlands keine Haus- oder Fachärzte gibt, kann die Digitalisierung ein wichtiger Treiber für die Überwachung oder Automatisierung bestimmter Aufgaben sein. In der Medizin muss der Begriff Digitalisierung aber genauer definiert werden – wenn das Wort erweitert wird durch Telemedizin, digitale Gesundheitsanwendungen oder Portable Health Gadgets, wird der Nutzen greifbarer. In der Telemedizin lassen sich beispielsweise Herzinsuffizienzpatienten betreuen. Und die Apple Watch kann etwa helfen, Vorhofflimmern zu erkennen. Daher ist es denkbar, dass solche Devices in die Leitlinien aufgenommen werden.

Kann Künstliche Intelligenz helfen, die Medizin zu verbessern?

Künstliche Intelligenz kann in der Bewertung von diagnostischen Befunden etwa in der Radiologie, in der Pathologie oder in der Auswertung von EKGs wertvolle Unterstützung leisten. Darüber hinaus sind weitere Bereiche denkbar – ganz aktuell im Rahmen der Notfallreform. Die Einsortierung von Patienten in verschiedene Notfallkategorien beziehungsweise Versorgungszweige könnte etwa durch Chatbots flankiert werden, die bereits im Vorfeld die Interviews führen. Mit einer KI ist die smarte Verknüpfung von verschiedenen Informationen wie klinische Anamnese, Risikofaktoren und Symptomen möglich. Die schnelle Verfügbarkeit dieser Informationen sowie der Abgleich mit der aktuellen Studienlage und mit anderen Patientendaten wird die Ärzte in der Therapieentscheidung unterstützen.

Das Interview führte Harald Czycholl.



Wie werden wir erfolgreich nachhaltig und nachhaltig erfolgreich?

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Machen Sie den Wandel zur Chance: mit umfassender Beratung und der passenden Finanzierung. Mehr dazu: sparkasse.de/unternehmen



In Partnerschaft mit:

Deutsche Leasing |

Weil's um mehr als Geld geht.

